

**Düsseldorf, 30.11.2020**

***Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,***

die vergangene Plenarwoche stand unter dem Thema „Mehrwert“. Drei Tage lang haben wir in der zweiten Lesung des Haushaltsentwurfes über die Mittel und Einzelpläne beraten. Insgesamt hat der Haushalt ein Volumen von mehr als 84 Milliarden Euro. Das wichtige für uns als NRW-Koalition: Auch trotz der Coronapandemie kommt der Haushaltsplan ohne neue Schulden aus. Neben weiter krisenbedingter Aufwendungen wird Geld an die richtigen Stellen gehen: mehr Geld für die innere Sicherheit in NRW, mehr Geld für Familien und Kinder, Investitionen in den Radverkehr und seine Infrastruktur, mehr Geld für die Wohnraumförderung.

Mit den Mitteln des Kinderbildungsgesetzes erbringen wir eine Rekordleistung für die frühkindliche Bildung in Kitas sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und: Auch bei den Plätzen im Offenen Ganztage geht der Ausbau rasant voran. Einen Rekord gibt es auch bei der Polizei: 2760 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter gehen 2021 an den Start – mehr als je zuvor. Wir investieren in die Verkehrswende und geben so viel Geld für den Radverkehr aus wie keine andere Landesregierung zuvor. Die Mittel für Energie und Klimaschutz werden im kommenden Jahr sogar versechsfacht im Vergleich zur rot-grünen Vorgängerregierung. Wir verstehen uns insbesondere als Koalition für die Schwächeren in unserem Land – die öffentliche Wohnraumförderung ist mit 1,1 Milliarde Euro prall gefüllt, die Mittel fürs Wohngeld stocken wir um satte 106 Millionen Euro auf. Und wir tragen unserem Anspruch Rechnung, die kommunalfreundlichste NRW-Regierung überhaupt zu sein: Mit 13,6 Milliarden Euro Zuweisungen aus der Gemeindefinanzierung sind unsere Städte und Kreise bestens gerüstet für das neue Jahr.

Weitere Punkte aus der vergangenen Woche:

***Aus der Fraktion***

***Integration: CDU steht für Kontinuität und Verbindlichkeit***

Als integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im NRW-Landtag habe ich für den Haushalt für die Bereiche Integration und Asyl geworben. Dabei haben wir einen klaren Kompass: Humanität bewahren und Ordnung halten.

Nordrhein-Westfalen steht auch in Zeiten der Corona-Krise für integrationspolitische Stabilität, Kontinuität und Verbindlichkeit. Wir wollen jedem unabhängig von seiner Herkunft Chancen auf sozialen Aufstieg eröffnen und darauf, an unserem gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir setzen auf die vier Säulen Sprache, Bildung, Arbeit und Wertevermittlung. Die Mittel für unsere integrationspolitische Infrastruktur - z.B. Kommunale Integrationszentren,

Migrantenselbstorganisationen oder die Programme „KOMM AN NRW“ und „Gemeinsam klappts“ - steigen auf rund 71,5 Millionen Euro an. Viele Haushaltsansätze werden 2021 in gleicher Höhe wie im vergangenen Jahr fortgeschrieben. Zum Beispiel für den Landesintegrationsrat, das Dokumentationszentrum Migration in Deutschland (DOMID) und das Zentrum für Türkei Studien.

Seit 2020 fördert die Landesregierung nach Beendigung der Modellphase des Projektes „Einwanderung gestalten NRW“ die flächendeckende Einführung eines Kommunalen Integrationsmanagements in allen Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen und baut es im Jahr 2021 weiter aus. Das Kommunale Integrationsmanagement bezieht sich insbesondere auf Geflüchtete in einer Kommune, schließt Zugewanderte und Menschen mit Einwanderungsgeschichte aber nicht aus. Der Haushaltsansatz steigt um 25 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro. Unsere Kommunen unterstützen wir bei den Kosten für Flüchtlinge mit Zuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), die für 2021 um 110 Millionen Euro auf rund 657 Mio. Euro ansteigen sollen.

### ***E-Tickets und E-Tarife: Grenzenlose Mobilität durch NRW***

Einfach einsteigen und durch ganz NRW fahren – mit einem festen Tarif, einem digitalen Ticket und ohne Stress. Das soll für alle, die Bus und Bahn im Land nutzen, funktionieren. Wir setzen mit einem gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und SPD ein wichtiges Zeichen aus Perspektive der vielen ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer in NRW. Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung sollen E-Tarif und E-Ticket flächendeckend in Nordrhein-Westfalen Wirklichkeit werden. Damit wird eine der größten Zugangsbarrieren im ÖPNV gerade für Gelegenheitsfahrern beseitigt. Nach jahrelanger Vorarbeit der zuständigen Aufgabenträger, Verkehrsverbände und Tarifgemeinschaften soll jetzt endlich der Knoten durchgeschlagen werden.

Wir wollen das jetzige Ticket-System logischer, transparenter und kundenfreundlicher machen. Die so genannten Kragentarife, die für verbundraumübergreifende Fahrten bisher angewandt werden, führen heute zu Tarifchaos und ungerechten Preisunterschieden. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn es für identische Verbindungsstrecken unterschiedliche Ticketpreise gibt.

Gemeinsam beauftragen CDU, FDP und SPD daher die Landesregierung, in den Verkehrsverbänden und Tarifgemeinschaften eine Bestpreisgarantie, Preisobergrenzen sowie Preisgleichheit für Hin- und Rückfahrt voranzutreiben. So kann uns bei der Gestaltung eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs ein zukunftsgerechter Durchbruch gelingen.

### ***ASP: Nordrhein-Westfalen ergänzt Vorsorgemaßnahmen – Dank an die Jäger***

Die Afrikanische Schweinepest war Thema im Landtag Nordrhein-Westfalen. Wir sind vorbereitet und setzen auf Prävention, um die Seuche einzudämmen und alles Machbare zu unternehmen, dass sie nicht auf Hausschweinebestände übergreift.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen alles dafür tun, damit die ASP in unserem Bundesland gar nicht erst ausbricht. Dazu wird die Landesregierung die Vorsorgemaßnahmen, die wir als erstes Bundesland ergriffen haben und die als Vorbild unter anderem für Brandenburg gedient haben, jetzt noch einmal ergänzen. Mit Unterstützung mit Zaunmaterial durch die

Wildtierseuchenvorsorgegesellschaft werden sogenannte weiße Zonen eingerichtet, die den Wildwechsel verhindern.

Die einfache Wahrheit ist: je weniger Schweine desto weniger Möglichkeiten, die Seuche weiterzutragen. Wir sind den Jägern sehr dankbar für das, was sie in den vergangenen Jahren dahingehend schon geleistet haben. Mittlerweile haben sich die Tiere den Gegebenheiten angepasst und sind am Tage kaum noch zu sehen, auch in der Nacht meiden sie hellere Bereiche. Das erschwert die dringend notwendige Bejagung massiv. Daher wollen wir die Jäger jetzt auch, wie schon mehr als die Hälfte aller anderen Bundesländer, mit Nachtzieltechnik ausstatten. Außerdem setzen wir die Hilfe bei den Kosten für die Untersuchungen auf Trichinen fort.

### ***Traditionskonzern: Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes für ThyssenKrupp prüfen***

ThyssenKrupp ist für die NRW-Wirtschaft ein gewichtiger Faktor. Die Corona-Pandemie macht aber auch vor Traditionsunternehmen im Land nicht Halt. Im Landtag haben wir deshalb darüber gesprochen, wie an dieser Stelle zu helfen ist.

Die Schiefelage ist nicht nur ein massives Thema im Ruhrgebiet. Bis nach Südwestfalen und ins Münsterland hinein stehen Niederlassungen von ThyssenKrupp, in denen mit Tausenden Fachkräften Industrieanlagen, Marinetechnik, Elektrolyseure für die Wasserstoffherstellung und viele andere Produkte für den Weltmarkt entworfen und hergestellt werden. Dass nicht nur wir, sondern auch zwei Oppositionsfraktionen eine Aktuelle Stunde zu ThyssenKrupp beantragt haben, zeigt die parteiübergreifende Einschätzung der Lage. NRW hat sich aktiv in die Konzeption des ‚Handlungskonzepts Stahl‘ auf Bundesebene eingebracht und die Allianz für Stahl mitinitiiert. Die NRW-Landesregierung hat ein umfangreiches Paket vorgelegt, das zu einer Stärkung des Industrie- und Stahlstandorts NRW beiträgt.

Die Corona-Pandemie hat ThyssenKrupp hart getroffen. Vor allem die eingebrochene Nachfrage aus der Automobilindustrie hat die Stahlsparte weiter geschwächt. Die europäische und internationale Stahlindustrie hatte aber schon zuvor strukturelle Schwierigkeiten wie Überkapazitäten, Dumpingpreise und Handelshemmnisse, die durch Aktionen einzelner Bundesländer nicht gelöst werden können. Hier sind der Bund und die die EU gefragt. Ziel muss sein, das Stahlgeschäft des Unternehmens nachhaltig zukunftsfest zu machen. Ein Staatseinstieg ist dabei kein Allheilmittel für strukturelle Probleme im globalen Stahlmarkt. Wir begrüßen, dass der Bund eine Stützung von ThyssenKrupp Steel mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfond prüft.

## Aus der Landesregierung

### **Corona-Impfstrategie: Land und Kommunen verständigen sich über weiteres Vorgehen**

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hat sich vergangene Woche mit den Landräten der Kreise und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Impfstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen verständigt. In Telefonschaltkonferenzen mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen informierte Minister Laumann über die Planungen des Gesundheitsministeriums zur Einrichtung der Impfzentren. Zudem wurde ausführlich über die Rolle der Kommunen beim Aufbau und Betrieb der notwendigen Impfstrukturen gesprochen.

Das Land trägt die Verantwortung für den Gesamtprozess des Impfens einschließlich der Logistik für die Impfstoffe und das Impfbzubehör. Dazu gehört unter anderem die Verteilung der Impfstoffe bis hin zu den Impfzentren vor Ort. Der Bund ist für die Beschaffung des Impfstoffs verantwortlich. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollen den medizinischen (inklusive IT) und die kommunale Ebene den nicht-medizinischen Teil der Impfumsetzung übernehmen. Mit Blick auf die kommunale Ebene bedeutet das, dass die Kreise und kreisfreien Städte für die Organisation geeigneter Standorte und Räumlichkeiten für die Impfzentren, die Ausstattung (zum Beispiel Mobiliar und Gebäudemanagement) und die Stellung des entsprechenden (nicht-medizinischen) Personals verantwortlich sein sollen. Personal wird etwa zur Durchführung der Anmeldung der zu Impfinden sowie für den Sicherheitsdienst benötigt. Vorgesehen ist zumindest ein Impfzentrum pro Kreis bzw. kreisfreier Stadt. Die Größe der Impfzentren richtet sich nach dem Bevölkerungsanteil in dem jeweiligen Kreis oder der Stadt. Teil der Impfzentren sollen zudem auch die mobilen Impfteams sein, die in prioritär aufzusuchenden Einrichtungen des Gesundheitswesens (zum Beispiel Pflegeeinrichtungen) vor Ort Impfungen durchführen.

Nähere Informationen: <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/corona-impfstrategie-land-und-kommunen-verstaendigen-sich-ueber-weiteres-vorgehen>.

Alle aktuellen Informationen aus der Landesregierung gibt es auf der Internetseite der Staatskanzlei unter <https://www.land.nrw/de/aktuelles-und-presse/pressemitteilungen-und-pressedatenbank>.

Gerne stehe ich Ihnen für Fragen zu unseren Anträgen und zur Politik des Landes gerne zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen und bleiben Sie gesund!

Ihre

Heike Wermer